

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 350, vierteljährl. M. 1050. — frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 1050. — einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 14 M. :: Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Neuenbürg. Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Bettzelle oder deren Raum M. 25.—, anwärts M. 28.—. :: Reklamezelle 70 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Ausfertigung werden jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. :: In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaa in Wildbad.

Nummer 303

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 28. Dezember 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Englands Schlagbaumpolitik

Warum geht's in Lausanne nicht vorwärts? Sind die Sowjetrussen schuldig, die türkischer sein wollen als die Türken? Also genau das Gegenteil von dem, was die Slawen früher waren, früher, wo sie um jeden Preis Konstantinopel einnehmen wollten und deshalb den Weltkrieg entfachten. Oder hat der eigensinnige Türke Ismed Pascha die Schuld, daß neben den Fragen der Kapitulationen (des Ausnahmerechts für die Fremden) und des Schutzes der Minderheit die Hauptfrage der Meerengenpolitik nicht vom Fleck kommen will? Er soll — gewiß ist es aber nicht — grundsätzlich eine gewisse Entfestigung der Dardanellen zugestanden haben, natürlich unter der bestimmten Voraussetzung, daß Konstantinopel und das Marmarameer gegen jeden Angriff geschützt sein müßten.

Und das eben will England nicht. Nicht der stolze Pascha oder die ihm den Rücken steifende, noch stolzere Angoraregierung bereitete eine befriedigende Lösung der Orientfrage, nein, wer den Herren in Lausanne genauer auf die Finger schaut, findet einen ganz andern Schuldigen. Und der ist Lord Curzon. Kein Wunder, daß der Gentleman wiederholt mit der Faust auf den Tisch schlug, wenn der Türke nicht nachgeben wollte.

Freilich, England spielt auch in Lausanne, getreu seiner Jahrhundert alten Politik, die Rolle des edlen Vertreters reiner Menschheitsinteressen. Bonar Law, der neue englische Erstminister, hat die wunderschöne Lösung ausgegeben: „Freiheit der Meerengen“. Und wenn die Menschen so etwas wie „Freiheit“ hören, so sind sie ja sofort elektrisiert oder magnetisiert, und folgen, wie ein Medium, dem Janbermeister durch dick und dünn.

Aber mit dieser „Freiheit“ ist es nicht weit her. England hat unter Freiheit stets das Recht verstanden, das ihm die freie Verfügung über ein Ding oder ein Land oder ein Meer gibt.

Nun ist von jeder Grundsatz der englischen Politik gewesen: „An allen Meerengen sind Schlagbäume aufzurichten“, die England jederzeit, wenn's ihm beliebt, fallen lassen kann, als da sind: Gibraltar, Malta, Suez, Port Said, Aden und wie sie alle heißen. Binnenmeere, die fremden Mächten als Ausfallhöfen dienen könnten, sind unter Verschluß zu legen.

Dies alles gilt für die Meerengen und das Marmarameer, auch für das Schwarze Meer. Für England ist die Türkei mit samt dem Balkan eine Vorstufe der englischen Weltbeherrschungen in Indien und Ägypten. Alle derartigen vorgelagerten Gebiete sind nach alter englischer Ueberlieferung entweder dem britischen Reiche oder wenigstens der englischen Vorherrschaft oder seiner „Einflußsphäre“ einzugliedern.

Somit ist die sogenannte „Freiheit der Meerengen“ nur eine Redensart oder besser ein irreführendes Aushängeschild, unter dem England seine wahren Machtgelenke verbirgt und mit dessen Lockmittel zu verwirklichen sucht. Bismarck hat einmal gesagt, daß die Sicherung des Suezkanals und die Vorherrschaft in Ägypten eine Lebensfrage für das britische Weltreich sei. Von jeher war die englische Politik darauf gerichtet, Rußland im Schwarzen Meer einzuschließen und auf dem Balkan einen Damm gegen das Zarenreich aufzuwerfen.

Was nicht mit Hilfe des griechischen Heeres gelang, sucht nun England auf diplomatischem Weg über Lausanne zu erreichen. Und England wird es auch so weit bringen. Englische Zähigkeit führt zum Ziel, und wenn es diesmal nicht in Lausanne erreicht wird, dann um so sicherer später. Schon scheint es Frankreich für seine orientalischen Pläne gewonnen zu haben. Frankreich wird aber nur mittun gegen Zugeständnisse auf deutschem Boden. Allerdings will Bonar Law bis jetzt nichts von der Befehung des Ruhrgebietes wissen. Wir fürchten fast, daß er zuletzt doch noch umfallen könnte. Man hat nicht ohne Grund gesagt, England sei keine europäische, sondern eine „asiatische“ Macht, deren Lebensinteressen in Asien liegen. Es wird alles daran setzen und geben, um seine asiatischen Pläne durchzuführen. W.H.

Eine nette Bescherung

Der Billionenrat

Zu den politischen Weihnachtsbescherungen, die dem vielgeprüften deutschen Staatsbürger unter den Christbaum

Tagespiegel

Der englische Schatzkanzler Baldwin ist am Mittwoch mit dem Präsidenten der Bank von England, Norman, nach Amerika abgereist, um über die Umwandlung der englischen Kriegsschuld in eine feste Anleihe zu verhandeln. — Es dürfte auch sonst noch einiges in Washington zu besprechen geben.

In der Begründung seines Zusatzantrags zur Marinevorlage sagt Senator Borah, die Entschädigungsfrage sei seit zwei Jahren stecken geblieben und Europa sei in Gefahr, im wirtschaftlichen Strudel unterzugehen und einen neuen Krieg zu erleben. Wenn die Frage jetzt nicht gelöst werde, werde Amerika die 10 Milliarden Dollar, die die Verbündeten ihm schulden, niemals mehr bekommen.

Nach einer Pariser Meldung soll Bonar Law beabsichtigen, auf der Pariser Konferenz am 2. Januar auch die Streitfrage des marokkanischen Hafens Tanger, den Frankreich für sich beansprucht und stillschweigend behalten möchte, zur Sprache zu bringen. — Darüber würde Poincaré allerdings weniger erbaudt sein als über der jetzt glücklich „nachgewiesenen Schuld“ Deutschlands. In der Tangerfrage hat übrigens auch Spanien ein Wort mitzusprechen.

Ein französischer Ministerrat hat über die Ausdehnung des Rheinlandes beraten.

Die Reparationskommission hat gegen die Stimme des englischen Vertreters Bradbury eine Verfehlung Deutschlands über die deutschen Holzlieferungen festgestellt. Poincaré soll eine Note wegen Verfehlungen in den deutschen Stickstofflieferungen überreichen lassen. Damit soll ein Vorwand für die französischen Pflanzendepolitik gefunden werden. — Das Vorspiel zur Pariser Konferenz.

Nach amerikanischen Meldungen hat der Vorschlag des Senators Borah, eine Weltwirtschafts- und Abrüstungskonferenz einzuberufen, die Billigung des Präsidenten Harding nicht gefunden.

Die Berliner Vorbereitungen für einen neuen Reparationsplan stehen vor dem Abschluß.

gelegt wurden, gehört der wenig erfreuliche Reichshaushaltsplan für 1923. Der Reichsrat hat ihn kurz vor den Feiertagen beschlußmäßig angenommen. Dieser Vorschlag, der frostlose Ausblicke auf die Finanzwirtschaft des neuen Jahres gewährt, ist ein Billionenhaushalt. Er arbeitet nicht mehr mit lumpigen Milliarden, sondern gleich mit tausend Milliarden, das sind eine Million Millionen, also eine Billion. So überschreitet z. B. schon der Gesamtausgabebedarf des Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung zum ersten Mal eine Billion Mark. Der ordentliche Haushalt der Eisenbahnverwaltung hält mit dem gewaltigen Betrag von nahezu anderthalb Billionen das Gleichgewicht. In diesem Jahr gehen die Einnahmen zu nur 581 1/2 Milliarden, also etwas über eine halbe Billion. Die Steigerung beträgt also beinahe eine Billion. Ferner: Für den Anleihebedarf des Reichs — wir wollen den Leser nicht mit Zahlen langweilen — bleibt ein ungedeckter Restbetrag, der um eine Viertelmillion geringer ist als der von 1922. Aber das ist nur halbe Täuschung, die darin liegt, daß in dem Haushalt für die eigentlichen Entschädigungszahlungen fehlen. Weß doch keiner, wie hoch diese sind. Setzt man die bisherige Summe von 306 Milliarden ein, so beträgt der Gesamtfehlbetrag über eine Billion Mark.

Das Bild wird immer trauriger, je näher man zuseht. Das Hauptleiden des kranken Entwurfs besteht darin, daß er vor mehreren Monaten aufgestellt wurde, als der Dollar noch nicht nach Tausenden von Mark gerechnet wurde. Den Mehrbedarf infolge der abgrundtiefen Geldentwertung will man nun durch Ausgleichsfonds decken. Aber woher wieder das Geld für diese Fonds nehmen, wenn man bis über die Ohren in Schulden sitzt? Der Betrag aus der Zwangsanleihe ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Mehrerträge aus der Einkommensteuer, aus den Abgaben vom Güterverkehr, aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, aus der Robiensteuer sind längst durch die gesteigerten Ausgaben, vor allem die Lohn- und Gehaltssteigerungen der Arbeiter und Beamten aufgefressen. Die Reichseisenbahn verweist mit einem gewissen Stolz auf ihr neues Gleichgewicht. Sie glaubt trotz der unmaßhaltigen Erhöhungen der Tarife mit einer weiteren Verkehrsteigerung im nächsten Jahr rechnen zu können. Aber ob der schöne Traum nicht durch das Anschwellen der Betriebskosten zerstört wird? Die Post- und Telegraphenverwaltung

lung wird wohl jetzt zur Jahreswende merken, daß jede Einnahmesteigerung durch den Verkehrsrückgang westgemacht wird, ganz abgesehen von dem unübersehbaren allgemeinen Schaden, der dadurch entsteht, daß z. B. das am 1. Januar um 2000 Prozent verteuerte Telefon hauptsächlich von den Kulturträgern, den freien und geistigen Berufen, den Ärzten, Anwälten usw. abbestellt wird.

Die Reichsregierung hat der Entente das Versprechen gegeben, die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt zu versuchen. Durch Drehen an der Tariffschraube wird sie niemals zu diesem Ziel gelangen. Eher noch durch eine Sparpolitik, die auf den Abbau überflüssiger Behörden gerichtet ist. Wird der neue Sparkommissar Sämisch eine glückliche Hand haben oder wird er gegen eine Granitwand passiven Widerstands stoßen wie sein Vorgänger Carl? Das verarmte Deutschland kann sich nicht den Luxus gestatten, auch nur einen einzigen überflüssigen Beamten zu haben. Denn das kostet schon viele Hunderttausende von Mark, und diese werden zweckmäßiger zur besseren Ernährung der hungernden Kinder ausgegeben. Ein schlechter Anfang von Sparpolitik war die Vermehrung der Personalkräfte im Reichsentwädigungsamt, im Reichsausgleichsamt, im statistischen Reichsamt, in den Auslandsvertretungen, im Reichsgericht (Schwurgericht) und in der Steuerverwaltung. Das schlimmste Geschwür, das aufgestochen werden muß, damit die Gäfte heilen, das ist der Posten für die Ausführung des Versailler Vertrags, vor allem die Besatzungskosten im Rheinland, die am Mark der deutschen Finanzen zehren. Die ungeheuerlichen Lasten der Besatzung sind jetzt in einer neuerlichen Ueberfracht dem Reichsrot und dem Reichsloch zugestellt. Es wäre ein diplomatischer Erfolg, wenn es gelänge, diese Ueberfracht auch auf den Tisch der kommenden Pariser Konferenz zu legen. —

Neue Freistaaten?

Hannover und Ostpreußen

Dem deutschen Michel fehlt noch der politische Weltsehnsahn. Trotz der furchtbaren Erfahrungen des Weltkriegs und der Nachkriegszeit weiß er gerade in nationalen Dingen immer noch nicht, worauf es ankommt: auf die Einigkeit, auf die innere Geschlossenheit. In der Rheinlandfrage hat man es endlich eingesehen. Jeder Tag bringt ausdrucksvolle Kundgebungen für das deutsche Zusammenhalten mit dem besetzten Gebiet. Daß zu den Opfern für das Rheinland aber zugleich der Verzicht auf jede anderweitige „Autonomie“ gehört, um Frankreich und die Sonderbündler nicht zu ermüden, scheint gewissen Leuten immer noch nicht klar geworden zu sein. Wir meinen die Fürsprecher eines selbständigen Hannovers und eines Freistaats Ostpreußen.

In Hannover haben die ehemaligen Welfenpartei, die heutigen Deutschhannoveraner einen neuen Antrag auf Probegestimmung herausgebracht, versehen mit 5000 Unterschriften. Durch sommerliche Heimatfeste und Werbearbeit von Haus zu Haus hat man vorgearbeitet und die volksparteilichen Abgeordneten in Hannover werden sehr geschickt an eine von ihnen im Januar 1919 abgegebene Presseerklärung erinnert, wonach die Volkspartei in der preußischen Provinz Hannover bei der bevorstehenden Neuregelung Preußens im Rahmen des Deutschen Reichs eine Republik Hannover wünsche. Die Führer der Deutschen Volkspartei werden mit Recht erwidern, daß man damals die Gefahr nicht kannte. Die Demokraten sind bereits energisch gegen die hannoverschen Autonomiegestäfte im jetzigen Augenblick aufgetreten. Aber auch das Zentrum, dem die drei deutschhannoverschen Reichstagsabgeordneten als Gäste angeschlossen sind, hat in einem Beschluß seines Wahlaußschusses Weser-Ems die Herbeiführung einer Abstimmung wegen der Rückwirkung auf das Schicksal der Rheinlande als „zurzeit unmaßhaltig“ abgelehnt. Erst nach langem Hin und Her haben sich die deutsch-hannoverschen Kreise herbeigelassen, zu erklären, daß sie der außenpolitischen Lage Rechnung tragen und die Abstimmung aufschleiben wollen. Es war die höchste Zeit, und es ist noch nicht sicher, daß nun vorläufig Ruhe wird.

In Ostpreußen derselbe Zwist. Die allerdings nicht zu billige Absehung zweier beliebter und tüchtiger Landräte aus parteipolitischen Gründen — sie gehören der Rechten an — hat einen tiefen Groll gegen die Berliner (preußische) Regierung hervorgerufen und zu einer nicht zu unterschätzenden Bewegung geführt, von dieser Regierung und, wenn es sein müßte, von dem heutigen preußischen Staat loszukommen. „Zündstoff“ war durch die verhasste Gefreideumlage schon reichlich vorhanden. Aber man sollte sich in Ostpreußen doch sagen, daß die Polen über einen Freistaat Ostpreußen aufjubeln würden, die darauf hoffen, daß das durch den Vertrag von Versailles abgeschnürte Deutschland im Osten, wenn es auf sich selbst angewiesen ist, dem sowjetischen Unsturm erliegen werde. Ost-



preußen, das reich an landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist, aber weder Kohlen noch Eisen besitzt, könnte selbständig weder seine Grenzen schützen, noch seine deutsche Kultur aus eigenen Mitteln aufrecht erhalten. Freilich ist manche Klage gegen Berlin berechtigt. Ostpreußen fühlt sich vom Reich vernachlässigt. Das fruchtbare, viereiche Land verlor große Gebiete des Reiches, ohne die nötigsten Gegenwerte zu erhalten. Auch in kulturellem Sinne fühlt sich Ostpreußen stiefmütterlich behandelt. Königsberg mußte seine außerordentlich lehrreiche Ostpreussische Wanderausstellung aus Mangel an Mitteln, ohne daß sie Königsberg überhaupt verlassen hätte, schließen. Die preussische Regierung und das Reich taten nichts. Damit verzichtete Deutschland auf ein vorzügliches Werbemittel und nimmt Ostpreußen die Möglichkeit, seinem Mutterland vor Augen zu führen, was es darstellt und für Deutschland ist. Aber die Führer der Berliner Regierung dürfen nicht zum Anlaß für ostpreussische Absprengungspolitik dienen. Die Oberschlesier haben das rühmliche Beispiel gegeben, daß sie restlos bei Preußen bleiben wollen. Die Sonderbündler im Rheinland und die Welfen in Niedersachsen lassen wenigstens die Sperrfrist gelten, die eine neue Gliederung der Länder angesichts der bedrohlichen Lage des Reichs verlag. Sollten es die Ostpreußen nicht auch über sich gewinnen, ihre Beschwerden, und wären sie noch so berechtigt, zurückzustellen hinter dem Wohl des ganzen deutschen Vaterlands?

Der rheinische Franken als Lozmittel

Der unbekanntere Verräter Smeets und seine Gesellschaft tritt neuerdings mit dem — von französischer Seite eingeschlossenen — Plan der Einführung des rheinischen Franken als Währungsmedium im Rheinland hervor. Die Umgestaltung der Währung wäre natürlich nur mit Hilfe französischer Geldes möglich, wie sehr es die Sonderbündler auch befreiten mögen. Der Plan läuft in Wirklichkeit auf nichts anderes hinaus, als das Rheinland auf dem Weg „friedlicher Durchdringung“ an Frankreich zu verpfänden. Und dazu bleiben sogenannte Deutsche die Hand. Was weiß von einer begehrtesten Aufforderung der rheinischen Sonderbündler in Bonn an Frankreich zu berichten, nicht länger sich den Wünschen der Rheinländer zu widersetzen, den Vertrag von 1815 (durch den das Rheinland nach dem napoleonischen Raub von 1801 wieder mit Preußen vereinigt wurde) aufzuheben und das Rheinland wieder mit Frankreich zu vereinigen. Die amerikanische Besatzungsbehörde verhaftete den Führer der „sonderbündlerischen republikanischen Volksgemeinschaft“, Raffine, in Ems, weil er eine Versammlung in Rodenbach, das zum amerikanischen Besatzungsgebiet gehört, bei der französischen und nicht bei der amerikanischen Behörde angemeldet hatte.

Neue Nachrichten

Die Besprechungen in Berlin

Berlin, 27. Dez. Reichskanzler Cuno ist gestern aus Hamburg, wo er über die Feiertage bei seiner Familie verweilte, wieder hier eingetroffen. Die Besprechungen über den deutschen Entschädigungsvorschlag werden fortgesetzt. Die Sachverständigen der Wirtschaftskreise bestehen darauf, daß jede Zusage an den Verband ohne Mehrarbeit im Reich zwecklos wäre; die Industrie verlangt die endgültige Lösung der Frage, eine vorläufige Regelung würde die Lage Deutschlands nur verschlimmern. Heute soll im Reichskabinett ein Plan fertiggestellt werden, den man alsbald in Paris übergeben will.

Die Erfüllungspläne der Reichsregierung

Berlin, 27. Dez. In einer Unterredung mit einem Vertreter einer schlesischen Zeitung warnte Reichsfinanzminister Hermes vor übertriebenen Hoffnungen oder Befürchtungen gegenüber den Meldungen aus Amerika. Soviel sei sicher, daß die Regierung der Entwicklung nicht untätig zusehen, sondern trotz der entgegenstehenden äußeren Schwierigkeiten mitarbeiten werde. Dazu sei erforderlich eine ausländische Anleihe und die endgültige Regelung unserer Verpflichtungen. Unter allen Umständen werde man Ordnung im eigenen Haus schaffen durch vermehrten Fleiß und größte Sparsamkeit. Der Verband müsse sich bei

Wirtschaftlichkeit geben, den ausländischen Anleihegebern ausreichende Sicherheiten zu bieten.

Poincarés Berufung auf den Friedensvertrag

Berlin, 27. Dez. Zu der Behauptung Poincarés im französischen Senat am 21. Dezember, jedes Zurückbleiben Deutschlands hinter dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatum bedeute einen Verzug, der Frankreich berechtige, Sicherheiten und Pfänder zu nehmen, — bemerkt W. L. B., es könne Deutschland nur angenehm sein, wenn Poincaré auf den Vertrag von Versailles zurückgreife. Denn dieser spreche nicht nur von Zahlungsverpflichtungen, sondern auch von der Leistungsfähigkeit als Voraussetzung der Zahlungen. Das Ultimatum vom 16. Juni 1919 betone ausdrücklich, daß die Bestimmung über die Zahlungsfähigkeit nur im Interesse Deutschlands vorgesehen sei und den Zweck habe, jede Ueberschreitung seiner Leistungsfähigkeit zu verhindern.

Explosion in Oppau

Mannheim, 27. Dez. Am Sonntag vormittag fand im Werk Oppau der Bad. Anilin- und Sodafabrik eine Gasexplosion statt. Drei Arbeiter wurden schwer, vier andere, darunter der Betriebschemiker, leichter verletzt. Die Hochdruckleitung, die die Gasen des gewalttätigen Eingreifens seinerzeit hatte geschäftet und übereilt abgeschlossen werden müssen, war offenbar undicht geworden. Ein ähnlicher Schaden hatte sich gleich nach Beendigung des Streiks bemerkbar gemacht, damals entstand ein kleiner Brand. Durch den neuen Vorfall erleidet die Fabrikation eine abermalige Verzögerung auf einige Zeit.

Deutschland schuldig gesprochen

Paris, 27. Dez. Die Entschädigungskommission hat heute den Bericht über die Holzablieferungen Deutschlands an den Einspruch des Engländers Bradbury „festgestellt“, daß die nicht volle Ablieferung auf ein Verschulden Deutschlands zurückzuführen sei. Für die Schuldklärung trat namentlich auch der italienische Botschafter ein. Nach dem „Petit Journal“ wird Poincaré in einer Note gegen die deutsche Reichsregierung auch den Vorwurf erheben, daß durch ihr absichtliches Verschulden auch die Stickstofflieferungen nicht in der vorgeschriebenen Höhe ausgeführt worden seien. Nach dem „Petit Parisien“ wird eine wichtige amtliche Mitteilung heute veröffentlicht werden.

London, 27. Dez. Die „Times“ und „Daily Telegraph“ heben die Bedeutung der Entscheidung der Entschädigungskommission hervor. Es sei ein Schachzug, durch den Frankreich sich das Buchtstückenrecht verschaffe, allein gegen Deutschland vorzugehen. Es sei doch fraglich, ob tatsächlich eine „Verfehlung“ vorliege. Auf der Pariser Konferenz werde Frankreich freie Hand haben.

Die geldbringenden Pfänder.

Paris, 27. Dez. Der Ministerrat hat das Programm für die Pariser Konferenz am 2. Januar festgelegt. Nach dem „Matin“ wurden alle Einzelheiten eines Ausbeutungsplans für das linksufrige Rheinland gebilligt, vervollkommenet durch die Zolllinie, durch die das Rheinland vom Reich abgeschnürt werden soll. Insbesondere sollen bedeutende Zwangslieferungen von Stickstoffdünger in Aussicht genommen sein. Die Besetzung des Ruhrgebietes ist als Ergänzung des ganzen Plans gedacht, falls die Ausbeutung allein nicht genügend erscheinen würde. Französische Truppen sollen vorerst nur insoweit verwendet werden, als sie zum Schutz der französischen Ueberwachungsbeamten für die Staatsgüter und Zollerhebungen erforderlich sind. England sei jetzt nicht mehr weit entfernt, der Zollgrenze zuzustimmen oder sogar sich zu beteiligen, wenn die Zölle von genügender Einträglichkeit sind.

Englische Gegenvorschläge?

Sanktion im Rheinland — Pfänder im Ruhrgebiet
Paris, 27. Dez. „Echo de Paris“ berichtet, es sei möglich, daß die britische Regierung in der Entschädigungsfrage Gegenvorschläge machen werde, da Bonar Law anscheinend großen Wert auf eine Verständigung mit Frankreich lege. Allein die Zahlungsfrist sei ohne Pfänder ausgeschlossen; die Sachverständigen haben weiter anerkannt, daß die Pfänder, deren man sich auf dem linken Rheinufer bemächtigen könnte, von mittelmäßigem Wert (!) und sehr unebenem zu verwalten wären. Auf dem linken Ufer

könnte man also nur einen „moralischen Druck“ ausüben. Und damit dieser Druck eine „müßige Wirkung“ auf das deutsche Volk ausübe, müsse das Rheinland vom Reich abgetrennt werden. Das sei angesichts der schwachen französischen Bevölkerung und angesichts der englischen und amerikanischen Befestigungen und des Besatzungsabkommens vom 28. Juni 1919 schwierig; es werde sich also im linken Rheinufer mehr um eine Sanktion als um Pfänder handeln. Dagegen gestatte der „Eintritt in das Industriegebiet“ (d. h. die Besetzung des Ruhrgebietes) eine wirkungsvollere Bezahlung. Wenn man sich dort einmal festgesetzt habe, genüge es, die wirtschaftlichen Fäden in die Hand zu nehmen, um 1. die 40 Prozent Wohnsteuer zu erheben und 2. die Kohlen nach Belieben zu verteilen (soll heißen, daß man denen, die sich der französischen Gewalt herrschaft nicht fügen, die Kohlen ganz entzieht und wirtschaftlich vernichtet). Bei dem großen Reichtum und den wirtschaftlichen Zusammenhängen des Ruhrgebietes gewinnen auch kleine Maßnahmen viel: Art eine große Bedeutung. An dem Tag, wo Bonar Law und die britische Regierung endgültig Stellung gegen die französische Politik nehmen wollen, sei es besonders erklärlich, den Wunsch auszusprechen, daß sie Deutschland sehen möchten, wie es wirklich ist. — Solche Gedanken voll Hohn und Hoheit können nur einem Teufelshirn entfliegen.

Wellskonferenz?

Paris, 27. Dez. Aus Washington wird berichtet, Präsident Harding habe doch den Antrag des (unveröffentlichten) Senators Borah gebilligt, durch den die Regierung der Ver. Staaten aufgefordert wird, alle Staaten der Welt zu einer Konferenz (nach Washington) einzuladen, durch die die Entschädigungsfrage geschlichtet werden soll?

Die Universität Gent flämisch.

Brüssel, 27. Dez. Die Kammer hat mit 89 gegen 85 Stimmen bei 7 Enthaltungen den Gesetzentwurf angenommen, nach dem die Universität Gent flämisch wird und die Vorlesungen in flämischer Sprache gehalten werden sollen. Die wallonischen Studenten veranstalteten vor dem Kammergebäude gegen den Beschluß lärmende Kundgebungen. — In den vier belgischen Universitäten Lüttich, Löwen, Brüssel und Gent wurden bisher die Vorlesungen nur in französischer Sprache gehalten, obgleich 45 Prozent der Bevölkerung flämisch, 40 Prozent französisch und der Rest beide Sprachen sprechen. Gent liegt im flämischen Sprachgebiet West- und Ostflandern, Limburg und Antwerpen, wo die Flämischredenden durchschnittlich 84 Prozent betragen; auch in Brabant überwiegen die Flamen die Wallonen. Die Flamen haben daher mit dem neuen Gesetz nur ein bescheidenes Maß ihrer Forderungen erreicht.

Päpstliche Volksschaft.

Rom, 27. Dez. Papst Pius hat eine Enzyklika über das geheime Heilmittel Gottes“ erlassen, in der er beklagt, daß die Völker sich noch nicht des wahren Friedens erfreuen können, noch immer herrsche offener und im Orient verflehter Krieg. Die Ursache der Uebel aufzudecken und zu bekämpfen, sei Aufgabe seines apostolischen Amtes. Am schwersten leiden die Besiegten, aber auch die Sieger und die Neutralen bleiben nicht verschont. Die Heilversuche der Politiker haben durch ihre Mißerfolge nur geschadet. Die Gefahr sei um so größer, weil die Angst der Völker zunehme, da immer stärkere Drohungen mit neuen Kriegen kommen, die noch schrecklicher und verheerender als die vergangenen sein würden. Je mehr ein Volk am öffentlichen Leben teilnehme, wie es in modernen, parlamentarischen Staaten der Fall sei, desto schädlicher sei der Parteihader. Außerlich sei der Friede geschlossen, aber ein veräufelter, nur auf dem Papier stehender Friede habe den Geist der Rachsucht noch verschärft und die Eier nach anderen Oultern geradezu wohlgefällig gemacht, wenn sie mit Staatsgründen und Vaterlandsliebe bemantelt und so beinahe wie Gerechtigkeit erscheine. Die Grundursache sei die Abkehr von Gott, die heute schon in der Schule gelehrt werde. Keine menschliche Einrichtung könne eine allgemeine Rechtssetzung geben wie der wahre Völkerbund des Christentums. Es sei ihm ein Trost, daß fast sämtliche Staaten die diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl wieder aufgenommen haben, leider fehle sein Vaterland Italien. Die Selbständigkeit des Stellvertreters Christi bleibe durch den gegenwärtigen Zustand (der Wegnahme des Kirchenstaats) verletzt zur beständigen Trauer der ganzen Welt. Dagegen müsse er Widerspruch erheben.

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

14. (Nachdruck verboten.)
Er hatte wohl auch Grund dazu, denn nicht nur Rasen und Bäume waren dieselben wie damals — auf den Baumwurzeln unter dem Hasel- und Verbeißigen-Gesträuche sah auch wie damals eine weibliche Gestalt, den Kopf mit dem hohen, grünen, goldumschnürten Hut auf die eine Hand und den Ellenbogen auf dem Baumstumpf nebenan gestützt, während die andere Hand lässig ins Gras herunter hing.
Der Bursche hatte den Hut abgenommen und fuhr sich über die Stirn, wie um eine Blendung wegzuschauen, dann teilte er rasch die Gebüsch, die ihn noch von dem Mädchen trennten, und stand lautlos vor der überrascht Auffpringenden, welche ihn ebenfalls anstarrte, als habe sie einen Geist erblickt, die Büsche aber rauschten im Zusammenklagen so laut, als freuten auch sie sich des Wiedersehens.
„Du bist es, Engel?“ sagte Wibel nach einer Weile.
„Bist es denn wirklich? Gib doch einen Laut von Dir, daß ich's glauben kann! Oder hat's Dir ganz und gar die Red' verschlagen?“
„Ich bin's schon,“ entgegnete sie, „dabei ist nichts zu verwundern, aber wie Du daher kommst, das ist schon ein besonderer Zufall.“
„Und wenn's kein Zufall wär'? Schau, wir sind alleweil aufrichtig gewesen mit einander — ich will's jetzt auch sein und will's eingesehen: ich hab's gewünscht, daß Du daher kommen wirst, ich hab's auf der Bräunl'-Alm erfahren und bin schnurgerad' auf das Plag'l zugegangen... jetzt sei Du auch aufrichtig und sag' — ist es wirklich ein Zufall, daß ich Dich gerad' an dem Plag'l find'?“
Das Mädchen senkte den Blick zu Boden und spielte erröthend mit der an ihrem Niederhängenden Münze; es war ein altes viereckiges Schauspielfeld, ein sogenannter Rupert-Taler, und der einzige Schmuck, der an dem aus

geringem Silber gestickten Geknür hing. Sie fand nicht gleich eine Erwiderung, denn es widerspreche ihr, zu verneinen, was sie vor sich selbst nicht leugnen konnte, und doch brachte sie noch minder ein offenes Geständnis über die Lippen. Auch er schweig einen Augenblick und war im Verhalten des Mädchens versunken, das wohl auch weniger besungene Wäde zu fesseln vermocht hätte. Obwohl groß und schlank, war sie doch so fein gebaut und geliebter, daß sie im Ganzen eher den Eindruck des Bierlichen, als des Kräftigen machte. Die Büge des von ganz schwarzem Haar umrahmten Gesichtes waren wohlgeformt; aus den blauen Augen schimmerte trauerherzige Güte und um die frischen Lippen spielte harmlose Heiterkeit.
„Was schaust mich denn so an?“ sagte sie in steigender Befangenheit.
„Weil ich mich nicht satt sehen kann an Dir,“ rief er sich entgegen. „Weil ich such' und such' und gar nit begreifen kann, wo Du die Stärk' sitzen hast. Du bist so geschlacht und geschlingig, wie ein Hirschel, und ein krankes Leut drei Stunden weit auf dem Rücken über den Berg heruntertragen — das tut Dir so leicht niemand nach.“
„So hat die alte Plauschmirl das Schwafzen doch nit lassen können,“ sagte das Mädchen verschämt, „das hätt' ein jedes anderes auch getan — das ist des Redens nit wert.“
„Das hätt' nit jedes andere getan. Dazu muß eines Dein Herz und Dein Gemüt haben, Engel. Die Alte hat recht, Du hast Deinen Namen wahrhaftig nit umsonst.“
„Red' nit so fündhaft daher!“ unterbrach sie ihn unwillig, „sag' lieber, wann Du wieder heimgekommen bist — ich hab' noch gar nichts erfahren davon.“
„Gestern abend,“ war Wibel's bellommene Antwort.
„Gestern abend?“ fragte sie staunend und mit einem Blick des Vorwurfs. „Und da bist Du schon auf der Bräunl'-Alm gewesen? Bist nit einmal in der ersten Nacht daheim geblieben?“

Nun war es an dem Burschen, in Verlegenheit zu geraten und die Augen niederzuschlagen; es war ihm doch nicht möglich, so gleich beim ersten Begegnen den wahren Grund seiner Nachtwanderung zu erzählen, und eine unwahre Ausflucht wollte ihm nicht von den Lippen. „Du weißt ja,“ sagte er endlich in sichtbarer Verlegenheit, „warum und wie oft ich den Weg gegangen bin.“
„Das weiß ich freilich,“ erwiderte sie, „und der Vorwurf in ihren Bügen wurde zur Betrübniß, „aber ich hab' gemeint, Du hättest den Wildschägen in der Stadt gelassen.“
„Das hab' ich auch getan,“ rief er, froh einen Anhalt zur Ableitung des Gesprächs gefunden zu haben, „aber etwas anderes hab' ich richtig wieder mitgebracht aus der Stadt — weißt wohl, das selbe silberne Ringel, das Du mir anzufehen gegeben hast.“
Sie erröthete. Das düstere Licht der Augen schwand, und lächelnd ließ sie es geschehen, daß er ihr zuerst die Hand mit dem Ringe zeigte, dann denselben abzog und ihre Hand ergriff, um ihn ihr an den Finger zu schieben. „So hast das Ringel wirklich so gut aufgehoben, wie Du versprochen hast?“ fragte sie mit leisem Beben in der Stimme. „Ist es niemals von der Hand weg oder gar an eine andere Hand gekommen?“
„So gewiß als meine Hand nit von meinem Arm kommen ist,“ rief er freudig. „Das Ringel war mein einziges Vergnügen, und ich hab' mir immer 'denkt, wenn ich einmal heimkam', nachher wollt' ich Dir's erzählen und Dich fragen, ob ich Dir's wirklich wieder zurückgeben muß.“
„Freilich wohl,“ sagte sie leise, ohne ihm die Hand zu entziehen, „es ist schier das einzige Andenken an meine Mutter selig, aber es muß nit gleich für den Augenblick sein. Wenn Du mir's noch weiter aufheben willst...“
„Aufheben?“ rief er entzückt; „ich möcht' es ja am liebsten ganz behalten, den Ring und die Hand und den Arm und alles, was dran hängt, aber ich hab' das Herz nimmer, daß ich Dich drum bitt'.“ Fortf. folgt.

London, 27. Dez. „Daily Telegraph“ zufolge ist während der Feiertage in der Entschädigungsfrage kein Fortschritt gemacht worden. Belgien hülle sich in Schweigen. Mussolini aber habe nur wiederholt, daß er nicht nach Paris kommen werde, wenn nicht vorher eine Verständigung erzielt sei. Der französische Botschafter Graf St. Nulaire hatte am Sonntag eine lange Unterredung mit Bonar Law, ohne neue oder endgültige Vorschläge Poincarés mitzubringen.

Abermals 100prozentige Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 27. Dez. Der Reichspostminister hat den Mitgliedern des Verkehrsbeirats einen Gebührenvorschlag zugehen lassen, der zum 15. Januar eine durchschnittlich 100prozentige Steigerung der erst kürzlich in Kraft getretenen Sätze vorseht. Ein Fernbrief bis 20 Gramms soll 50 M. kosten. Für das Telegramm ist eine Vortagegebühr von 40 M. vorgesehen.

Reparationsbesprechungen in Berlin.

Berlin, 27. Dez. Am Mittwoch vormittag fand eine Chefbesprechung der für das Reparationsproblem zuständigen Reichsminister statt. Nachmittags war eine Kabinettsitzung, die sich ebenfalls mit dem Reparationsproblem beschäftigte.

Frankreichs Maßnahmen im Rheinland.

Paris, 27. Dez. Dem „New York Herald“ zufolge soll die Absicht der französischen Regierung, in der Frage der Maßnahmen im Rheinland nunmehr bekannt sein. Man beabsichtigt die Schaffung einer Pufferzone zwischen dem Ruhrgebiet und dem übrigen Deutschland, wodurch eine jährliche Einnahme von 1 Milliarde Goldmark erzielt werden würde. Diese Summe solle in Uebereinstimmung sein mit den von den französischen Experten auf Grund der produktiven Riffen Deutschlands für die letzten 3 Jahre abgegebenen Erklärungen. Man nimmt an, daß nur die Hälfte der im Umkreis des Ruhrgebiets befindlichen Truppen zum Schutze der französischen Zollbeamten herangezogen zu werden brauchen. Die französischen Sachverständigen erwarten außerdem noch vor Ende dieser Woche eine Note aus Berlin und wollen auf diese Weise die deutschen Absichten hinsichtlich der Reparationszahlungen für Januar kennen lernen.

Für Aufhebung der Kapitulationen.

Lausanne, 27. Dez. Der amerikanische Vertreter Child hatte eine Unterredung mit Jamed Bascha. Die amerikanische Regierung soll gegen die Aufhebung der Kapitulationen nichts einzuwenden haben, kann jedoch die türkische Versicherung, daß den Ausländern in der Türkei die gleichen Rechte gewährt würden wie den ottomanischen Bürgern nicht als genügende Sicherheit anerkennen. Die amerikanische Regierung schlägt die Einsetzung gemischter Gerichtshöfe vor.

Englands Vertretung auf der Pariser Konferenz.

London, 27. Dez. Es wird mitgeteilt, daß der Minister des Innern, Sir Philipp Greamer Bonar Law auf seiner Reise nach Paris zur Konferenz der Premierminister begleiten soll. Sir Greamer ist der Vertreter des Schatzkanzlers Baldwin, der sich heute nach den Vereinigten Staaten einschiffte.

Harding und die Vorschläge des Senators Borah.

Paris, 27. Dez. Die Meldungen über das Verhalten des Präsidenten Harding zu dem Vorschlag des Senators Borah, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, sind widersprechend. Der einen Meldung zufolge würde Präsident Harding den genannten Vorschlag unbeachtet lassen, selbst wenn er im Senat zur Sprache gebracht werden sollte. Nach einer anderen Meldung von gut unterrichteter Seite würde Präsident Harding den Vorschlag annehmen, jedoch unter folgenden Vorbehalten: 1. Die Vereinigten Staaten betrachten sich nicht durch die getroffenen Abkommen und auch nicht durch die Verpflichtungen des Versailler Vertrages als gebunden; 2. die Vereinigten Staaten lehnen es ab, eine Annullierung der alliierten Schulden ins Auge zu fassen; 3. die amerikanische Regierung darf nicht um eine europäische Anleihe angegangen werden. Unter diesen Bedingungen würde Präsident Harding auf die Einberufung der Konferenz eingehen.

Mahnung Washingtons an die Amerikaner

Der erste General und Präsident der Vereinigten Staaten, George Washington, hat in seiner Abschiedsrede an den Kongress und das amerikanische Volk folgende Mahnung gerichtet:

1. Ich beschwöre Euch, meine Mitbürger, meinen Rat nicht zu verachten, wenn ich Euch ermahne, stets auf Eurer Hut zu sein gegen heimtücklichen Trug fremder Einwirkungen. Es kann keinen größeren Irrtum geben, als zu glauben, Nationen könnten großmütig und uneigennützig gegeneinander handeln.
2. Die Parteilichkeit ist ein Feuer, das nie gelöscht werden kann; man möge unablässig darüber wachen, daß es nicht in helle Flammen ausbricht und zerstört, anstatt zu erwärmen. Die wechselnde Herrschaft einer Partei über die andere hat durch die Begier nach Rache, in verschiedenen Ländern in manchem Zeitraum die furchterlichsten „Greuel“ hervorgerufen; sie ist der schlimmste und drückendste „Despotismus“ und erzeugt zuletzt die regelmäßige und fest begründete „Tyrannei“.
3. Laßt uns allezeit Sorge tragen, eine „angemessene Kriegsmacht“ zu unterhalten, um im „Verteidigungszustand“ zu sein.
4. Um einen lebhaften Handel mit fremden Nationen zu treiben, ist eine Flotte absolut notwendig!
5. Auch die neutrale Macht bedarf einer „Kriegsmarine“ zu ihrem Schutze. Sie muß stets bereit sein, die der „Flagge“ zugefügten Unbilden und gegen sie gewagte Angriffe zu rächen. Damit ist nicht gesagt, daß daraus notwendig Krieg entstehen müsse, im Gegenteil, der Krieg wird vermieden, wenn die kriegsführenden Mächte sich abgeschreckt fühlen.
6. Religion und Moral sind die unentbehrlichsten Stützen, auf denen jede sittliche Nation und geistige Entwicklung beruht. Moral kann ohne Religion nicht fortbestehen.

Württemberg

Stuttgart, 27. Dez. Ernennung. Der Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, Wirklicher Legationsrat Rämmlin, Sohn des ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeisters, ist zum Gesandten in Sofia ernannt worden.

Stuttgart, 27. Dez. Durch eine reiche Gabe eines Deutschamerikaners, eine Spende aus Dänemark und Beiträge hiesiger Firmen war das Rote Kreuz insstand gesetzt, etwa 300 bedürftige Kinder Groß-Stuttgarts mit ihren Müttern zu einem reichbestekten Weibkräftigtisch im Sankt Vinzenzhaus (Europ. Hof) zu laden.

Stuttgart, 27. Dez. Fremdenstadt. Im Oktober 1922 hielten sich in Stuttgart nach dem Statist. Landesamtsbericht mindestens 7600 Reichsausländer auf gegen 6807 im Vorjahr; Zunahme 15 Prozent. Die Fremden stammen namentlich aus Polen, Rußland und Italien.

Heilbronn, 27. Dez. Bestrafte Ruchstörer. Die Kommunisten Hammer, Buch und Ruff wurden wegen der gewalttätigen Störung der Bismarckfeier hier, in der Abg. D. Traub sprach, zu 5000, 3000 und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vaihingen a. G., 27. Dez. Verdoberer Mensch. Der 15-jährige Friedrich Mayer von Kleinsachsenheim hatte eben eine Gefängnisstrafe von acht Monaten wegen schweren Diebstahls verbüßt, als er auch schon wieder bei dem Bäcker und Wirt Müller in Großsachsenheim bei einem Einbruch 200 000 M. stahl. In Metterzimmern verhaftet, entkam er dem Volkzorn, indem er ihm einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Daraus versuchte Mayer in Gemeinschaft mit dem 22-jährigen Paul Verberich aus Bingen-dorf bei Bretten wieder einen Einbruch in demselben Haus, wo er vor neun Monaten sein Meisterstück gemacht hatte. Beide wurden aber in ihrem Versteck erwischt und durch den herbeigerufenen Landjäger verhaftet. Von den 200 000 M. hatte Mayer noch 800 M. bei sich, das übrige hatte er in ein paar Tagen durchgebracht.

Vaihingen a. G., 27. Dez. Ein Bekkiermillionär. Ein 84-jähriger Mann, der seit einigen Jahren von milden Gaben und Unterstufungen amerikanischer Verwandten kümmerlich gelebt hatte, starb dieser Tage. In seinem Nachlaß fand man 100 Zwanzigmarkstücke (2 Millionen Papiermark) und einen ansehnlichen Betrag in Wertpapieren. — Wie wird die Finanzverwaltung sich freuen.

Alten, 27. Dez. Mißglückte Flucht. Der wegen schwerer Einbruchsdiebstahle in Haft befindliche O. Weigold sprang, als er im Gefängnisloft einen Zug vorbeifahren hörte, über die Umfassungsmauer und erreichte den letzten Wagen eines Güterzuges der Remsche. Der Lokomotivführer hatte indessen den Vorgang bemerkt und erstattete auf der Station Esslingen Meldung. Weigold wurde aus seinem Versteck herangezogen und wieder auf Nummer Sicher gebracht.

Heuchlingen N. A. Alten, 27. Dez. Einbruch. In der Nacht zum Sonntag wurde in die hiesige Pfarrkirche eingebrochen. Zwei wertvolle Altarstücke wurden gestohlen. — Im „Adler“ verschwand ein halbes Schwein im Wert von 70 000 M.

Sindelfingen, 27. Dez. Viehdiebstahl. Einem Landwirt wurden in der Nacht zum Mittwoch zwei Ziegen im Stalle abgeschlachtet und gestohlen.

Alperg, 27. Dez. Verkauf. Das Posthaus zum „Hirsch“ ist durch Kauf in den Besitz von Erwin Döuble übergegangen. Als Kaufpreis werden rund 2 Millionen Mark genannt.

Lauffen a. N., 27. Dez. Auflösung. Die Generalversammlung der Gewerbebank Lauffen hat die Auflösung der Genossenschaft beschlossen.

Redarfulm, 27. Dez. Zentrumsparteitag. Am 28. Januar soll in Redarfulm ein Parteitag für das ganze Unterland stattfinden (Oberämter Redarfulm, Heilbronn, Rünzelsau, Ludwigsburg, Hall, Besigheim, Bradenheim).

Berg N. Ravensburg, 27. Dez. Einbruchsdiebstahl. Nicht wenig überrascht waren die Angehörigen eines Landwirts in Unterdiepolshofen, als sie am Christfest vom Gottesdienst nach Hause kamen und sämtliche Zimmer, Käfen und Kommoden aufgebrochen und durchwühlt vorfanden. Diebe hatten die Abwesenheit der Hausbewohner benützt, um Kleidungsstücke, Betten, Schuhe, bares Geld usw. im Gesamtwert von ungefähr 300 000 Mark zu stehlen.

Leidenheim, 27. Dez. Unter die Räder. Dem 48 Jahre alten Weichenwörter Kaufmann von Schnaitheim, der beim Rangieren ausglitt, wurden beide Beine abgefahren. Er starb bald darauf.

Unterhausen, 27. Dez. Arbeitspende. Die Arbeiter der hiesigen Spinnerei Gebr. Vurkhardt-Pfullingen brachten durch Ueberstundenarbeit für die Weihnachtsfeier in der Gemeinde 230 000 M. auf. Die Firma stiftete 120 000 M.

Klein-Eislingen, 27. Dez. Spende. Das Dampfagewerk Joh. Koch hat aus Anlaß seines 25-jährigen Geschäftsjubiläums der Gemeinde Klein-Eislingen eine Schenkung von 500 000 M. zur Unterstufung bedürftiger Einwohner überwiesen. Für das Geld soll Mehl zur Verteilung an Bedürftige angekauft werden.

Geislingen a. S., 27. Dez. Valutigewinn. Ein lediger Eisler in Oesbad, der in Holland gearbeitet hatte, verdiente sich dort so viel, daß er am letzten Freitag in öffentlicher Verteilung sich ein 27 Ar großes Grundstück um 350 000 Mark erwerben konnte.

Ehingen a. D., 27. Dez. Verunglückt. In Griesingen kam der ledige Ruppert Bralg in die Transmission. Er erlitt schwere Verletzungen und starb an innerer Verblutung.

Tünningen N. Tübingen, 27. Dez. Brandstiftung. Ein 16-jähriges Dienstmädchen zündete dem Akziser Elias Kaiser aus Jörn das Haus an. Die Scheuer brannte mit allen Vorräten nieder, das Wohngebäude ist nicht mehr verwendbar.

Ebingen, 27. Dez. Verhängnisvoller Schuß. In Hattenweiler machten sich zwei zwölfjährige Knaben mit einer Jagdflinte zu schaffen. Der eine legte im Scherz auf den Kameraden an. Der Schuß ging los und der Knabe sank tot zu Boden.

Vom Bodensee, 27. Dez. Unsaubere Beemke? Wegen Unregelmäßigkeiten im Dienst wurden in Friedlichshafen mehrere mit der Abfertigung der Reisenden nach der Schweiz beschäftigte Personen festgenommen.

Württemberg im Jahr 1922.

I. Jahr um Jahr stärker spüren die deutschen Einzelstaaten die Folgen der starken Beschränkung ihrer Selbständigkeit durch die Weimarer Verfassung. Besonders das Fehlen der Bewegungsfreiheit auf steuerlichem Gebiet ist nachgerade ein Jammer geworden und legt sich immer lähmender auf die Arbeit der Länderregierungen und ihrer Volksvertretungen. So spiegelt auch der Verlauf des Jahres 1922 für Württemberg die immer enger werdende Verkettung mit dem Reich, die wiederum erhöht worden ist durch die steigende Not des so fürchtbar eingesetzten Deutschland.

Die allerschmerzhafteste Formel für dieses Jahr des Innern ist der alles beherrschende Sturz unserer Währung: Dollarstand Anfang Januar um 190 und Mitte Dezember über 8000! Das ist die Ausplünderung des Reiches, der Länder und jedes Einzelnen, die wirkliche „Sozialisierung“, die wir durchgemacht haben, ohne von ihrem Segen und von ihrer Gerechtigkeit abzuseugen zu werden.

Politisch ist das Jahr für Württemberg, wenn wir es losgelöst von der Schicksalsgemeinschaft mit dem Reich betrachten, ohne besondere Stürme verlaufen. Die Regierung Hieber hat sich gehalten, obwohl das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, besonders dem Innenminister Graf, immer gespannt war. Der Tod, der am 25. Juli den verdienten Finanzminister Theodor Giesching im Alter von erst 56 Jahren weggerafft und der Demokratie nach dem schon am 11. Februar erfolgten Tod Konrad Hauckmanns den zweiten Führer innerhalb einiger Monate raubte, hat eine Aenderung herbeigeführt; Dr. Schall, der im Herbst 1921 beim Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierungsgruppe in seinem Arbeitsministerium für Keil Play gemacht hatte, kehrte nun als Finanzminister wieder. Gegen Ende des Jahres ist in der Regierungsgruppe eine Machtverschiebung dadurch eingetreten, daß die Sozialdemokratie im Landtag infolge der Vereinigung der Mehrheitssozialisten und der unabhängigen Sozialisten, die sogar noch zwei Mitglieder der kommunistischen Fraktion herüberzog, auf 27 Mitglieder anwuchs und damit das Zentrum überflügelte. Manches deutete darauf hin, daß sie als stärkste Partei der Regierungsgruppe auch eine stärkere Vertretung in der Regierung fordern werde. Vielleicht hat dann der Verlauf der Gemeindevahlen diese Bestrebungen etwas gedämpft, die an den ersten Dezember-sonntagen durch das ganze Land stattgefunden haben und fast durchweg, besonders aber in Stuttgart und den größeren Städten, einen ganz bedeutenden Rückgang der sozialdemokratischen Anhängerschaft offenbarten. Es erwies sich hier, daß einerseits die bürgerlichen Parteien wieder fest dasitzen und an Bedeutung zunehmen, daß andererseits aber innerhalb der sozialistischen Parteien infolge der Vereinigung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten doch die Kommunisten starken Zuwachs von bisher Unabhängigen erhalten hatten. (In Stuttgart von 30 Gewählten 7 Sozialdemokraten statt 11, 4 Kommunisten statt 2, dagegen 19 Bürgerliche statt 17, und zwar 7 Bürgerpartei-ler statt 5, 6 Demokraten statt 10, 4 Deutsche Volksparteiler statt keinem und 2 Zentrumsmitglieder wie vorher.) Daß die tumultuarischen Reigungen auf kommunistischer Seite immer wieder auch die gemäßigteren Sozialisten mitreißen, das erlebte man wiederholt, so bei den Kundgebungen nach der Ermordung Rathenaus, die in Stuttgart und besonders in Heilbronn zu dauerlichen Zusammenstößen führten. Leider haben die letzten Wochen des Jahres auch auf der entgegengesetzten Seite eine Radikalisierung gebracht durch Verfestigung der nationalsozialistischen Bewegung nach Württemberg von Bayern her. Das führte zu den blutigen Schieberereien zwischen ihren Münchener Sturmtruppen und den Kommunisten in Göppingen am 11. Dezember.

Der Landtag ist siebenmal zusammengetreten, am 21. Februar, 23. Mai, 20. Juni, 21. Juli, 4. Oktober, 29. November und 13. Dezember. Er hat aber das Schwerkriegs seiner Arbeit mehr und mehr in die Ausschüsse gelegt, besonders in den Finanzausschuß und seine Vollsitzen stark eingeschränkt. Den Staatshaushalt für 1923 konnte er noch nicht abschließen, da die ewig stinkende Währung jede Berechnung vereitelt. Der Abmangel wird bodenlos, wie ja auch die Stuttgarter Stadtverwaltung schon im Dezember einen Fehlbetrag von 225 Millionen M. angab. Wir leben also immer noch mit Notgeld nach dem Haushaltsplan von 1921. Die versapften Steuergesetze konnten trotz starker Steigerung der dem Land noch verbliebenen Steuermittel so wenig durchgreifend helfen, wie die wiederholte starke Erhöhung der Wohnungsabgabe den Zusammenbruch der Bautätigkeit aufhalten konnte. Von den sonstigen Arbeiten des Landtags seien noch hervorgehoben das Gesetz über die Eingemeindung von Botnang und Kantenal, Hedelfingen und Oberdürheim nach Stuttgart (vollzogen am 1. Juni), die Neuorganisation der Schutzpolizei und die Verstaatlichung der Sicherheits- und Kriminalpolizei, das noch nicht ganz erledigte Kirchengesetz und eine Reihe von Besoldungsregelungen der Beamten, der Pensionäre und Hinterbliebenen. Das Kirchengesetz hat auch die Evangelische Landeskirchenversammlung eingehend beschäftigt, die im Januar, Mai und November zusammengetreten ist und in ihrer ersten Tagung den Anschluß der württembergischen Landeskirche an den Deutschen evangelischen Kirchenbund vollzogen hat.

Soziales.

Wildbad, den 28. Dez. 1922.

Die Heeresrentenempfänger werden darauf aufmerksam gemacht, daß ihre monatlich laufenden Bezüge ab 1. Januar verdoppelt werden, infolgedessen müssen die Quittungen am 29. Dezember auf den doppelten Betrag, der für Dezember bezahlten Summe ausgestellt werden. Erhielt z. B. ein Rentenempfänger im Dez. 983 Mark (das Doppelte des ursprüngl. Stammlarntetrags) so erhält er für Januar 2 mal 983 = 1966 Mark.

Rentenhöhung an Empfänger aus der Invalidenversicherung. Die laufenden Monatsbezüge der Empfänger einer J. A. R. W. oder D-Rente erhöhen sich ab 1. Januar wie folgt: Die Invaliden (I) Alters (A) und Krankenrenten (K) um 480 Mark. Die Witwen- (Witwer-)renten (W) um 495 M. Die Waisenrenten (D) um 245 Mark für jede Waise. (3 Waisen = 3 x 245 M.). Diese Teuerungszulagen sind den seit. Bezügen zuzuschlagen und der Gesamtbetrag in einer Summe auf der Quittung einzusetzen unter Aufrundung der Pfennigbeträge auf volle Mark nach oben.

J. B. ein J.-Rentenempfänger bezog seither 287 M. 15 Pf. Ab 1. Januar erhält er (287,15 + 480 M.) = aufgerundet 768 M. auf welchen Betrag die Quittung zu lauten hat.



Bei Dienstreisen erhalten die württ. Beamten vom 1. Januar ab in den Befoldungsgruppen I—V 1050 M, Diäten und 325 M Ueberrnachtgeld, in Gruppe VI—VIII 1300 M Diäten und 650 M Ueberrnachtgeld, in Gruppe IX bis XIII 1550 M Diäten und 775 M Ueberrnachtgeld.

Die Sonntagsschiffarten werden in Stuttgart, Ulm und Heilbronn ausnahmsweise schon am Freitag, den 29. Dezember ausgegeben, die Gültigkeit beginnt aber erst am Samstag mittag von 12 Uhr an.

Die teuerste Stadt in Württemberg ist nach den Mitteltungen des Stat. Landesamts auf Grund der für November 1922 errechneten Steuerertragszahlen gegenwärtig Juffenhaußen mit einer Steuerertragszahl von 40 481; an zweiter Stelle folgt dann Stuttgart mit einer Steuerertragszahl von 40 239, an dritter Stelle Ebingen mit 40 041. Die niedrigsten Steuerertragszahlen haben Wöhltingen mit 32 295, Wangen i. A. mit 32 375, Schorndorf mit 32 475 und Tüfingen mit 32 702.

Von den Saaten in Württemberg läßt sich noch nichts Sicheres sagen. Frühe Saaten stehen im allgemeinen gesund, späte sind vielfach noch nicht aufgegangen. Von den Winterweizenfeldern sind viele, in manchen Orten bis ein Drittel wegen der verspäteten Ernte und des schlechten Wetters noch nicht angeht und werden wohl mit Sommerfrucht bestellt werden müssen. Im Dezember lagen — eine Seltenheit! — noch viele Kartoffeln im Boden und Dehmd auf den Wiesen.

Die Ernteträge in Württemberg sind heuer durchweg erheblich hinter den Schätungen im August und dem zehnjährigen Durchschnitt zurückgeblieben und zwar Winterroggen um 15 Prozent, Winterdinkel 33 Prozent, Winterweizen 40 Prozent. In allen Fröchten einschl. Gerste und Haber wurden 7 547 604 Ztr. gegen 12 174 448 Ztr. im zehnjährigen Durchschnitt (weniger 38 Prozent) geerntet. Die Kartoffelernte bleibt mit 17 417 719 Ztr. hinter dem Durchschnitt um 8 Prozent zurück, infolge vermindelter Anbaufläche. Der Prozentjah (15 Prozent) erkrankter Kartoffeln war heuer fast immerrecht groß. Die Futterernte übertrifft mit 8 249 600 Ztr. den Durchschnitt um 18 Prozent, die Futterrüben um 28 Prozent. Der Ertrag an Wiesenheu, Klee und Luzerne beträgt 44 822 480 Ztr. und bleibt 9,6 Prozent unter dem 10jährigen Durchschnitt.

Zur Einkommensteuer. Bei dem ziffernmäßig gestiegenen Einkommen wird die endgültige Einkommensteuer für 1922 die nach dem Einkommen im Jahre 1921 bemessenen gesetzlichen Vorauszahlungen vielfach erheblich übersteigen. Die Fassen und Gebestellen der Finanzämter sind daher erneut darauf hingewiesen worden, daß sie ebenso wie sonstige freiwillige Vorauszahlungen auch Vorauszahlungen auf die für 1922 noch geschuldete Einkommensteuer jederzeit anzunehmen haben. Die Zahlungen werden aber ausdrücklich als Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1922 zu bezeichnen sein. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß bei Berechnung des Vermögens für die Vermögenssteuer und die Zwangsanleihe die Einkommensteuerschuld für 1922 vom Vermögen nicht abgezogen werden darf, soweit es sich nicht um die im Jahre 1922 fällig gewordenen gesetzlichen Vorauszahlungen handelt. Darüber hinaus vor dem 31. Dezember 1922 geleistete freiwillige Vorauszahlungen mindern jedoch das vermögenssteuerpflichtige Vermögen.

M i e r e i

Lobesfall. In Ulm a. D. starb im Alter von 83 Jahren Professor a. D. Christ. Friedr. Müller, früher Violonchek der Stadtbibliothek in Ulm. Der Verstorbene war u. a. durch seine schöne Handschrift bekannt, der nicht leicht eine andere gleichkam und die ihm bis ins hohe Alter eigen blieb.

Weihnachtspenden. Aus der Weihnachtsammlung der „New-Yorker Staatsztg.“ sind dem Reichspräsidenten Ebert 30 000 Dollar (rund 280 Millionen M) und unmittelbar vor dem Fest weitere 9000 Dollar (70 Millionen M), zusammen rund 350 Millionen Mark, übermittelt worden, die bereits an die Hauptverbände der freien Wohlfahrtsvereine im Reich, an die Hilfskassen der freien geistlichen Verufe, Notgemeinschaft, Altershilfe, Jugendfürsorge, Wirtschaftshilfe für Studierende, Blindenfürsorge usw. verteilt sind. Von den von den Bergischen Margarinerwerken sind ferner dem Reichspräsidenten 7 Millionen Mark, von der Kaufmännischen Vereinigung und einem ukrainischen Flüchtling je 1 Million und von einem anderen Flüchtling aus der Ukraine eine halbe Million zur Verfügung gestellt worden. Kopenhagener Mitglieder des Dänischen Journalistenverbands haben für bedürftige deutsche Kollegen 1133 Kronen (etwa 1 1/2 Millionen Mark) gespendet.

Die Zahl der Erwerbslosen im Reich mit Unterfäßung ist im November von 24 000 auf 42 000, die der unterfäßigen Angehörigen von 27 000 auf 50 000 gestiegen.

Verbotene Weihnachtsfeiern. Das braunschweig. Kultusministerium hat die Weihnachtsfeiern der Städt. Kindergärten in Blankenburg im Harz verboten, weil dabei die gefährlichen Lieder „Stille Nacht“, „O du fröhliche“ und „Ihr Kinderlein kommet“ gesungen werden sollten, die sich mit rein dogmatischen Fragen befaßen. Die Eltern veranstalteten darauf eine gemeinsame Feier mit diesen Liedern in einem Gasthof und 30 Kinder wurden aus den Gärten abgemeldet.

Die englische Luftflotte zählt nach der amtlichen Mitteilung im Unterhaus in Europa 180 militärische Flugzeuge gegen 900 französische und 140 belgische.

Möbel aus Pappe. Der Architekt Karl Abt in Helmstedt hat ein Verfahren zur Herstellung von Möbeln aus Pappe erfunden und hat das Verfahren in einem Kleinbetrieb in Helmstedt ausgeprobt. Die von ihm hergestellten Möbeln sollen sehr dauerhaft und verhältnismäßig preiswert sein. Da nach dem Gulachten der Stadt Helmstedt ein öffentliches Interesse vorliegt, den Betrieb im Land zu erhalten, hat der Staat Braunschweig dem Erfinder einen Teil der Domäne St. Ludgeri zu außerordentlich billigem Preis überlassen; Abt wird auf diesem Grundstück eine große Fabrik errichten.

Mißgeburt. Der Landwirt Wilhelm Koch in Hohengehren O. Schorndorf wurde von einer Kuh mit einem Kalb „erkent“, das fünf Füße hat. Der fünfte Fuß ist in der Mitte des Rückens angewachsen.

Dänisches Befreiungsdenkmal in Nordfriesland. In Gadersleben soll im nächsten Frühjahr ein dänisches Befreiungsdenkmal errichtet und eingeweiht werden, für das große Sammlungen veranstaltet werden. Das Denkmal soll in seinen äußeren Formen an den bekannten Jdsieder Löwen erinnern.

Die Entsetzungskur. Auf der Zollstation des schlesischen Grenzbahnhofs Vorkersdorf fiel ein behäbiger Händler von ausländischem Aussehen auf. Er wollte nach Franzensbad in Böhmen reisen, um eine Entsetzungskur zu machen. In seinen Koffern fand sich nichts Verdächtiges, nur fiel den Beamten die Leibesfülle auf, die gar nicht zu den übrigen Körpermaßen paßte. Der Reisende mußte sich einer Leibesbesichtigung unterziehen und da entdeckte man 96 seidene Selbsthinder (Herrenkrawatten), die fein säuberlich um den schlanken Leib gelegt und am Rücken mit Sicherheitsnadeln befestigt waren. Die Schmuggelware, von der jedes Stück einen Wert von 8000 M hatte, wurde beschlagnahmt, und nachdem der Schlauberger 100 000 M Geldstrafe erlegt hatte, durfte er die Reise zur Entsetzungskur in Franzensbad fortsetzen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 27. Dez. 7393,40 (8992,40). 1 Pfd. Sterl. 34 167,80, 100 holl. Gulden 202 267,—, 100 Schv. Fr. 139 151,—, 100 franz. Fr. 53 615,—, 100 ital. Lire 37 500,—, 100 öst. Kr. 10 87,—, 100 hsch. Kr. 23 441,—, 100 poln. Mark 43,—.

Die deutsche Doppelkrone wird wie seither von Reichsbank und Reichspost zu 20 000 Mark aufkauft. Deutsche Silbermünzen werden zum 600fachen Nennwert angenommen.

Preisermäßigung für Eisen. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlwerke in Düsseldorf, ermäßigte entsprechend der durch die Robeisenpreis-Ermäßigung eingetretenen Verminderung der Gesehungskosten die Gesehungspreise für Lieferungen im letzten Dezember-Viertel um 5 v. H.

Der neue Weinsteuergesetz beträgt 30 500 M für das Heftkölter, der regelmäßige Verkaufspreis 212 700 M für das Heftkölter, der allgemein ermäßigte Monopolausgleich, berechnet von der Weingeistmenge, 14 500 M, der besondere ermäßigte Monopolausgleich 34 500 M.

Unveränderter Weispreis. Der seit 70. Dez. in Geltung befindliche Richtpreis für Weisweizen Spezial 0 blieb auch heute noch mit 32 000 M für den Doppelzentner unverändert bestehen.

Stuttgarter Börse, 27. Dez. Der Effektenbesitzer schenkt sich nach dem von seinem Besitz vor Neujahr trennen zu wollen. Dies hat sich heute gezeigt, indem das an den Markt gelangte Material recht unbedeutend war, wogegen die Nachfrage eine den Verhältnissen entsprechende sehr bedeutende gewesen ist. Die Kurse zogen infolgedessen weiter an und man bleibt in fester Haltung. Es waren wieder Kurssteigerungen von einigen Tausend Prozent zu verzeichnen. Die Bezugsrechte waren weiter stark verlangt, teilweise über Parität. Auf dem Markt der Festverzinslichen war das Geschäft ruhig. — Bankaktien. Vereinsbank 1900 (1795), Bankanstalt 1400, Rotenbank 4000, Hypothekbank 600. — Brauereierwerke: Ravensburg 880 (800), Hohenzollern 2450 (2300), Walle 1750 (1500), Ehlingen 1400 (1440) Kettlenmeper 2000, Pfannen 1000. — Metallaktien: Feinmechanik 16 000 (15 000), Hohner 10 500 (9500), Junghans 4300 (3500), Metallwaren mangels Angebots gestiegen. — Maschinenwerke: Daimler 4900 (4100), Laubeheimer 9500 (8500), Ehlingen 5300 (4850), Sesser 4650 (3900), Weingarten 7500 (7000), Reckartulmer 3550 (3400). — Splinterwerke: Erlangen 7000 (5500), Kolb-Schule 7800 (6450), Weingheim 11 000, Kottner 6300 (5500), Rachen 14 000 (13 000), Fiß 6100 (5500), Ehlingen 7500 (6900), Leinenindustrie 8500 (8000). — Uebrige Werte: Anilin 11 000, Heibelberger Zement 11 500 (9000), Kramm 2501 (2200), Salpwerk Heilbronn 18 500 (18 000), Sehkellerer Wachenheim 7000, Wäckerle gestiegen, Bremen-Weißheimer Del 14 000 (12 500), Mannheimer Del 7000 (6500), Rheinmerke Ludmischura 3000. — Württ. Eisenbahn.

Am Freitag, den 29. Dezember 1922 nachm. 4 Uhr werden beim Röhlen Brunnen 38 St. Bauftangen, und um 4 1/2 Uhr im Hofe der Kleinkinderschule 1 Km. Brennholz öffentlich gegen Barzahlung verkauft. Wildbad, 28. Dezbr. 1922. Stadtpflege.

Einige Wiese, gleichviel welcher Größe, gegen gute Bezahlung in bar zu kaufen gesucht. Angeb. an die Geschäftsstelle ds. Mattes. Rum, Arac, Schwedenpunsch. A. u. W. Schmitt, Med.-Drogeria. Frauen! Ausschneiden! Warten Sie nicht bis morgen, sondern schreiben Sie sofort, wie lange Sie kagen, helfe Ihnen sofort mit meinem ärztlich begutachteten hygienischen Mittel. Garnitur Stärke 1 und extra starke Tropfen auch in den hartnäckigsten Fällen (organische Veränderungen ausgeschlossen). Erfolg oft in 1—3 Tagen ohne Verunsicherung. Garantiert unschädlich. Garantieschein jeder Sendung beigelegt. Dankeschreiben: Frau B. aus E. schreibt: „Aber Nacht kam der Erfolg. Verzeihen Dank.“ — Frau C. Sch. aus E. schreibt: „Wozu Worte! Heute ist von Ihnen werde Sie weiter empfehlen.“ — Frau D. aus E. schreibt: „Vor einigen Monaten litt ich mit Ihre Sendung nützliche Dienste, bitte dieselbe noch einmal.“ W. Gurski, Charlottenburg 2, 2131 Grolmanstraße 37.

Football-Verein Wildbad. Am Montag, den 1. Januar 1923 (Neujahr) findet in der Turnhalle unsere **Weihnachts-Feier** statt, wozu die verehrlichen Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder, sowie die Angehörigen unserer gefallenen Mitglieder nebst Freunden und Gönnern unseres Sports freundlichst eingeladen werden. — Eintritt für Nichtmitglieder 100 M. Saalöffnung 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Der Ausschuss.

Freiwillige Gaben werden von Vorstand Kloß und Kassier Karl Pöfller dankend entgegengenommen.

Wildbad, den 27. Dezbr. 1922. **Todes-Anzeige.** Am 26. Dezember nachmittags 5 Uhr, entschlief sanft und gottergeben, meine hier zu Besuch weilende, gute, über alles geliebte Mutter **Anna Höschle We.** aus Rottenburg a. N. Paula Hammer, geb. Höschle, mit Gatte: Th. Hammer, Ofenseger. Katholische Beerdigung Freitag mittag 3 Uhr.

Allg. Bildungs-Verein Wildbad (A. B. V. W.) Freitag, 29. Dezember, punkt 3 Uhr, in der Kleinkinderschule, Eingang nur Haus-Rückseite, **Märchen-Erzählungen** für jung und alt. Eintritt frei. Kinder unter 5 Jahren haben keinen Zutritt. Einlaß ab 2 1/2 Uhr. Kommt! Laßt Euch erzählen, die schönen, deutschen Märchen! Der Vors., i. A. Dr. Weidner.

Finanzamt Neuenbürg.

Bekanntmachung

betr. die Abgabe der Steuerbücher und Steuermarkenblätter vom Kalenderjahr 1922.

1. Die Steuerbücher vom Kalenderjahr 1922 und die mit Steuermarken versehenen Enlagebogen dazu (Steuermarkenblätter) sind im Januar 1923 an das zuständige Finanzamt abzuliefern. Zuständig ist das Finanzamt, das auf dem neuen Steuerbuch für 1923 vermerkt ist.

Die Ablieferung kann auch bei dem Ortssteueramt vom Wohnsitz des einzelnen Arbeitnehmers erfolgen, sofern ein Ortssteueramt daselbst besteht; auch kann die Ablieferung durch Einsendung an das Finanzamt durch die Post mit eingeschriebenem Brief bewirkt werden.

2. Verpflichtet zur Ablieferung der Steuerbücher und Steuermarkenblätter ist der Arbeitnehmer. An dessen Stelle kann der Arbeitgeber die Ablieferung übernehmen.

Ueber den Gesamtwert der abgelieferten Steuermarken wird von der Annahmestelle Bescheinigung erteilt werden. 3. Die Ablieferung der Steuerbücher und Steuermarkenblätter kann nach § 202 A. O. erzwungen werden. Die Unterlassung der rechtzeitigen Ablieferung ist nach § 53a E. St. Ges. strafbar.

Neuenbürg, den 27. Dezember 1922. Mengold.

Turnverein Wildbad

Am Samstag, den 30. Dezember findet in der städtischen Turnhalle die

Weihnachts-Feier mit Gabenverlosung

unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Liedertanz“ statt.

Die verehrlichen Ehren- und passiven Mitglieder werden mit ihren Familienangehörigen freundlichst eingeladen.

Eintritt für Nichtmitglieder M. 100.— Kinder unter 14 Jahren haben unter keinen Umständen Zutritt.

Programm an der Kasse.

Saalöffnung 7 Uhr. Beginn pünktl. 7 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Freiwillige Gaben zur Verlosung werden von Vorstand Adolf Stern und Kassier Wilhelm Treiber, Schuhl., dankend entgegengenommen.

Pfannkuch & Co

Zu

Gylvester:

Rotwein, Weißwein, Rum u. Arac, Berischnitt, Punschessenz, Weinbrand, versch. Marken wie: Usbach-Oralt, Winkelhausen u. s. w. Verschiedene Liköre.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen

Einige Wiese, gleichviel welcher Größe, gegen gute Bezahlung in bar zu kaufen gesucht. Angeb. an die Geschäftsstelle ds. Mattes.

Rum, Arac, Schwedenpunsch.

A. u. W. Schmitt, Med.-Drogeria.

Frauen! Ausschneiden!

Warten Sie nicht bis morgen, sondern schreiben Sie sofort, wie lange Sie kagen, helfe Ihnen sofort mit meinem ärztlich begutachteten hygienischen Mittel.

Garnitur Stärke 1 und extra starke Tropfen auch in den hartnäckigsten Fällen (organische Veränderungen ausgeschlossen).

Erfolg oft in 1—3 Tagen ohne Verunsicherung. Garantiert unschädlich. Garantieschein jeder Sendung beigelegt.

Dankeschreiben: Frau B. aus E. schreibt: „Aber Nacht kam der Erfolg. Verzeihen Dank.“

Frau C. Sch. aus E. schreibt: „Wozu Worte! Heute ist von Ihnen werde Sie weiter empfehlen.“

Frau D. aus E. schreibt: „Vor einigen Monaten litt ich mit Ihre Sendung nützliche Dienste, bitte dieselbe noch einmal.“

W. Gurski, Charlottenburg 2, 2131 Grolmanstraße 37.

Gummistempel Stempelkissen

liefert stets rasch und billig

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Allg. Bildungs-Verein Wildbad (A. B. V. W.)

Freitag, 29. Dezember, punkt 3 Uhr, in der Kleinkinderschule, Eingang nur Haus-Rückseite, **Märchen-Erzählungen**

für jung und alt. Eintritt frei. Kinder unter 5 Jahren haben keinen Zutritt. Einlaß ab 2 1/2 Uhr. Kommt! Laßt Euch erzählen, die schönen, deutschen Märchen!

Der Vors., i. A. Dr. Weidner.